

Medienmitteilung

Bern, 3. September 2021

Weitere Auskünfte erteilen:

Daniel Arn, Präsident Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, 079 330 31 75
Adrian Haas, Direktor Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, 079 717 24 24

Plünderung unserer KMU verhindern: NEIN zur radikalen Steuerinitiative der JUSO

Am 26. September 2021 finden auf nationaler und kantonaler Ebene Abstimmungen statt. Der Leitende Ausschuss des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV) lehnt die Volksinitiative der Jungsozialisten (JUSO) klar ab. Diese basiert auf sozialistischen Träumereien, lässt unzählige Fragen offen und ist für unsere Wirtschaft äusserst gefährlich. Bei der kantonalen Abstimmung zum Klimaschutzartikel beschloss der Wirtschaftsverband Stimmenthaltung.

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern», kurz 99 %-Initiative, der JUSO fordert eine steuerliche Mehrbelastung von Einkommen, die aus Kapitalanlagen erwirtschaftet werden. Diese Einkommen sollen – nach Abzug eines unbestimmten Freibetrages – zu 150 % besteuert werden und der entsprechende Mehrertrag soll dazu eingesetzt werden, tiefe Arbeitseinkommen steuerlich zu entlasten und die soziale Wohlfahrt stärker zu unterstützen.

Die Initiative ist in vielen Punkten problematisch, unklar formuliert und falsch konstruiert: Zum einen werden die wichtigsten Begriffe – z.B. was genau als Kapitaleinkommen gilt oder welcher Freibetrag zum Zuge kommen soll – nicht definiert. Zum anderen bleibt ungeklärt, wie die zusätzlichen Einnahmen wieder verteilt werden sollen. Am schlimmsten ist aber, dass den KMU massive Mehrbelastungen drohen. Mit einer Besteuerung der Kapitaleinkommen zu 150 % würde den Betroffenen ein fiktives Einkommen aufgerechnet, das sie nie erzielt haben. Damit entzöge man vielen KMU die notwendige finanzielle Substanz – sei es für Innovationen, Investitionen oder auch bei Nachfolgeregelungen. Diese Plünderung von teilweise langjährig aufgebautem Kapital muss zwingend verhindert werden.

Deshalb lehnt der Leitende Ausschuss des HIV die Vorlage der JUSO klar ab und empfiehlt seinen Mitgliedern am 26. September 2021 ein NEIN in die Urne zu legen.

Stimmenthaltung beim Klimaartikel

Bei der kantonalen Abstimmungsvorlage zur expliziten Verankerung des Klimaschutzes in der Kantonsverfassung wurde Stimmenthaltung beschlossen.

Der HIV steht grundsätzlich zum Klimaschutz und befürwortet Massnahmen, wenn sie verhältnismässig sind. Gemäss einem Rechtsgutachten, das im Auftrag des HIV von Prof. Dr. Christoph Jäger, ETH Zürich und Universität Bern, erstellt wurde, ist „der Schutz des Klimas vor schädlichen Einwirkungen und der Schutz vor den Folgen des Klimawandels von der bestehenden Regelung der Kantonverfassung (geltende Umweltbestimmung) bereits vollständig abgedeckt“.

Die Verfassungsergänzung ist daher unnötig und ändert an den Handlungsmöglichkeiten des Kantons nichts. Ihr kommt lediglich eine gewisse politische Wirkung zu, indem eine Zustimmung des Volkes für die argumentative Unterlegung auch ungeheuerlicher Klima-Forderungen missbraucht werden könnte. Jedoch würde eine Bekämpfung durch den HIV als generelle Aussage gegen den Klimaschutz verstanden, was ebenfalls eine Fehlinterpretation wäre.